

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Oktober 2008

Unsere Webseite:

www.kas.de/indonesien

Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf Indonesien

Trotz massiver Kurseinbrüche aufgrund von Panikverkäufen heimischer Anleger und einer mehrtätigen Aussetzung des Aktienhandels ist Indonesien in der weltweiten Finanzkrise im Vergleich zu anderen Staaten bisher mit einem blauen Auge davongekommen. Die nach der Asienkrise 1997/98 durchgeführte Reform des Finanzsektors sowie das rasche Eingreifen der Regierung und der Börsenaufsicht haben die indonesische Wirtschaft bisher vor größeren Schäden bewahrt. Spätestens 2009 werden jedoch vor allem exportabhängige Branchen aufgrund der sinkenden Nachfrage in den USA und Europa indirekt unter der Finanzkrise leiden – mit entsprechenden Folgen für Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt: Die Preise für Palmöl sind bereits um etwa 50 Prozent eingebrochen. Nach Meinung regionaler Wirtschaftsexperten stellt die internationale Finanzkrise allerdings auch die Chance dar, die Exportwirtschaft zu restrukturieren und neue Märkte zu erschließen. Aufgrund der 2009 stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sind die hierzu nötigen konzertierten Maßnahmen jedoch kaum realisierbar. Die Regierung redet das Problem klein und versucht nach außen den Eindruck zu vermitteln, sie habe die Lage im Griff. Daneben bemühen sich einzelne Politiker, mit populistischen Forderungen auf sich aufmerksam zu machen. Wieder andere sympathisieren mehr oder weniger offen mit islamistischen Gruppierungen, die für die „Abschaffung des Kapitalismus“ und die Einführung einer auf den Prinzipien des Islam basierenden Wirtschafts- und Finanzordnung plädieren. Die Masse der Bevölkerung vertraut mittlerweile keiner Seite mehr – und blickt sorgenvoll in die Zukunft.

Indonesien hat seine Lehren aus der Asienkrise gezogen

„Die Finanzkrise, die wir vor zehn Jahren hatten, wird sich nicht wiederholen, da die Bedingungen damals andere waren. Wir haben die Faktoren, die zu der damaligen Krise geführt haben, erfolgreich bekämpft.“ unterstrich Susilo Bambang Yudhoyono, Präsident Indonesiens. Im Vergleich zur Asienkrise vor elf Jahren, durch die die indonesische Wirtschaft wegen zu hoher Verschuldung, zu niedrigen Devisenreserven, lückenhafter Gesetzgebung und Währungsspekulationen um 13 Prozent einbrach, war die Ausgangslage zu Beginn der globalen Finanzkrise Mitte 2008 deutlich besser. Zwar stagniert der Aktienindex JSX Composite (JSX) seit Januar 2008, der Finanzsektor gilt nach umfangreichen Reformen jedoch als gesund. Das Wirtschaftswachstum betrug 2007 6,3 Prozent; für 2008 rechnete man mit einem leichten Rückgang auf 6,2 Prozent. Die staatliche Verschuldung war mit 35,9 Prozent des BIP in 2006 im internationalen Vergleich relativ niedrig und nur 3,54 Prozent aller indonesischen Kredite wurden Mitte 2008 als notleidend eingestuft. Das Haushaltsdefizit beträgt seit Jahren weniger als zwei Prozent.

Gewarnt durch die Asienkrise reagierte die indonesische Regierung trotzdem vorsichtig auf die sich ausweitende Finanzkrise. Als das US-Repräsentantenhaus am 29. September 2008 im zweiten Anlauf das Wirtschaftshilfspaket der Regierung in Höhe von 700 Mrd. US-Dollar verabschiedete, trat das Kabinett in Jakarta bereits zur ersten einer Reihe von Sondersitzungen zusammen, um über Schritte zum Schutz der indonesischen Wirtschaft zu beraten. Das Ergebnis der in-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Oktober 2008

Unsere Webseite:

www.kas.de/indonesien

ternen Beratungen war ein Bündel von Maßnahmen, das darauf ausgerichtet war, die Liquidität und Integrität des Finanzsektors zu sichern sowie den Realsektor durch Streichung von Importzöllen, staatliche Investitionen und die Förderung der Inlandsnachfrage sowie Exporte zu stärken. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono zeigte sich überzeugt, dass so das Wirtschaftswachstum aufrecht erhalten und Indonesien vor den schlimmsten Auswirkungen der globalen Finanzkrise bewahrt werden könne.

Heftige Reaktionen der Börse

Als die Börse nach Lebaran – den höchsten islamischen Feiertagen am Ende des Ramadhan – am 6. Oktober 2008 den Handel wieder aufnahm, brach der JSX dennoch um 10,03 Prozent auf 1.648,75 Punkte ein – der größte Tagesverlust seit den Bombenattentaten von Bali 2002 und der stärkste Einbruch unter den asiatischen Börsen. Hintergrund dieser Entwicklung war, dass sich viele ausländische Anleger entweder ganz aus den *emerging markets* zurückzogen oder Aktien verkauften, um ihre Liquidität zu verbessern. Als dann auch noch das Gerücht aufkam, dass PT Bakrie & Brothers – das größte Wirtschaftskonglomerat Indonesiens – nicht in der Lage sei, Außenstände in Höhe von 1,43 Mrd. US-Dollar zu begleichen, kam es zu Panikverkäufen durch private und institutionelle Anleger. Am schwersten betroffen war PT Bakrie & Brothers, deren Aktien 40,82 Prozent ihres Wertes verloren. Andere Unternehmen der Gruppe brachen ebenfalls um mehr als 30 Prozent ein, bis die Börsenaufsicht schließlich den Handel mit diesen Aktien aussetzte. Dennoch fiel der JSX am nächsten Tag um 1,76 Prozent und am Vormittag des 8. Oktober 2008 um weitere 10,38 Prozent, woraufhin die Börsenaufsicht den Aktienhandel vollständig aussetzte. Analysten und Anleger begrüßten diesen Schritt zunächst, da sie so mehr Zeit zur Analyse der Situation hatten. Als die Börse entgegen der Ankündigung der Regierung den Handel am 10. Oktober 2008 fortsetzte und ohne hinreichende Erklärungen sofort wieder geschlossen wurde, sorgte dies für zusätzliche Verunsicherung auf dem Finanzmarkt. Erry Firmansyah, Generaldirektor der Börse:

„Der Markt reagiert irrational – der Index fällt um mehr als 10 Prozent und Transaktionen im Wert von unter einer Trillion Rupiah“ (100 Mio. US-Dollar).

Umfangreiche Hilfspakete und Garantien

Währenddessen drängte der Präsident mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche Aktiengesellschaften, eigene Anteile zurückzukaufen, um die Börse zu stabilisieren. Parallel dazu forderte die Börsenaufsicht die Bakrie-Gruppe auf, endlich ihren gesetzlich vorgeschriebenen Offenlegungspflichten nachzukommen und zu den Gerüchten über die angebliche Zahlungsunfähigkeit eingehend Stellung zu nehmen. Zudem verabschiedete die Regierung einen weiteren Maßnahmenkatalog zur Stützung des Marktes und zur Wiederherstellung des Vertrauens in den Finanzsektor. So erhöhte sie die Summe, bis zu der der Staat für Einlagen bei Banken garantiert, um das 20fache auf 2 Mrd. Rupiah (rund 200.000 US-Dollar), erleichterte den angestrebten Rückkauf von Aktien durch staatliche Unternehmen sowie die Refinanzierung der Kreditinstitute bei der Zentralbank. Zudem wurde eine Task Force aus Mitgliedern der Finanzaufsicht installiert, die den Aktienmarkt vor Spekulanten schützen und die Kursstürze näher untersuchen soll – speziell auf das seit Mai 2008 als „ungesunde Finanzpraktiken“ verbotene *Short Selling* und *Margin Trading*.

Die konzertierten Aktionen der Regierung bewirkten entgegen der Vermutung einiger Analysten tatsächlich, dass sich der Aktienhandel an der am 13. Oktober 2008 wiedereröffneten Börse normalisierte. Auch die indonesische Rupiah erholte sich dank umfangreicher Stützkäufe der Bank Indonesia weitgehend von ihren Verlusten gegenüber dem US-Dollar. Der Präsident ließ daher verlauten, er sei absolut sicher, dass sich der Alptraum von 1998 nicht wiederholen werde. In der Tat lobten Ökonomen die Reaktion der Regierung zur Verbesserung der Liquidität des Finanzmarktes und der Wiederherstellung des Vertrauens der Anleger. So Helmi Arman, Ökonom bei Bank Danamon: „In Bezug auf die Regierungspolitik denke ich, dass diese heute wesentlich bes-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Oktober 2008

Unsere Webseite:

www.kas.de/indonesien

ser ist als 1998, da die Regierung nun sehr präventiv agiert. Sie machen ihre Arbeit sehr viel besser.“

Allein der Handel mit den Aktien der Bakrie-Gruppe bleibt weiter ausgesetzt. Das Unternehmen hatte um diese Maßnahme ersucht, um durch den Verkauf von Vermögenswerten, insbesondere Aktien, sämtliche Verbindlichkeiten in Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar zu begleichen und so eine mögliche feindliche Übernahme zu vermeiden. Der Entschluss des Ministers für Staatsunternehmen, Sofyan A. Djalil, einen Teil dieser Aktien durch ein extra gegründetes Konsortium aus staatlich kontrollierten Firmen aufzukaufen zu lassen, kam dabei für Kenner der indonesischen Politikszene wenig überraschend – die Bakrie Gruppe gehört der Familie von Aburizal Bakrie, dem Minister für öffentliche Wohlfahrt im Kabinett Yudhoyono und damit einem der größten Geldgeber des Präsidentschaftswahlkampfes 2004.

Sorge vor mittelfristigem Rückgang der Exporte

Sehr viel mehr Sorgen bereiten Analysten und Ökonomen die mittelfristigen indirekten Folgen der globalen Finanzkrise für Indonesien. Durch den zu erwartenden Rückgang der Nachfrage in den heutigen Hauptabatzmärkten für indonesische Exporte – USA (11,58 Prozent aller Exporte), Europa (13,92 Prozent) und Japan (12,5 Prozent) – sind ganze Branchen speziell in der verarbeitenden Industrie und damit Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet. Besonders betroffen sind Gebiete und Unternehmen, für die es kaum Alternativen gibt – wie im Distrikt Purbalingga in Zentraljava, wo Perücken fast ausschließlich für den US-Export hergestellt werden. Ähnlich wird es Tausenden indonesischen Arbeitsemigranten ergehen, die überall auf der Welt als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden – wenn ein Unternehmen in Schwierigkeiten gerät oder der Arbeitgeber selber den Job verliert, sind sie die Ersten, die nach Hause geschickt werden. Sofjan Wanandi, Vorsitzender des Indonesischen Arbeitgeberverbands, bewertet die Situation besorgt: „Die Auswirkungen auf Indonesien sind sehr ernst. Sie werden in den nächsten drei Jahren nicht leicht-

ter werden. Die Regierung darf die gegenwärtige Situation nicht als ‚business as usual‘ betrachten.“

Bisher spüren nur wenige Indonesier die Folgen der Krise bereits am eigenen Leib, denn anders als bei der Wirtschaftskrise 1997/98 sind bisher vor allem die Finanzmärkte betroffen. Nur ein Prozent der indonesischen Bevölkerung besitzt derzeit Aktien – und dieses Prozent gehört in der Regel zu den reichsten drei Prozent. Außer durch den Wertverfall ihrer Aktien und höhere Kreditzinsen werden diese Personen jedoch in ihrem Alltag wenig von den Auswirkungen der globalen Finanzkrise betroffen sein. Die nächsten zehn Prozent der Bevölkerung werden größere Anschaffungen wie Autos oder Häuser hinausschieben. Jene 30 Prozent der Haushalte, die sich immerhin ein Motorrad leisten können, werden ihre Einkäufe zurückschrauben müssen, aber noch ohne allzu harte Einschnitte auskommen. Dafür wird es die untersten 60 Prozent der Indonesier für einige Zeit umso härter treffen, wenn die Konsumwarenpreise steigen.

Die Regierung setzt bisher darauf, die Probleme vor allem durch die Förderung der Inlandsnachfrage und den gleichzeitigen Schutz heimischer Märkte vor Importen aus dem Ausland beherrschen zu können. Es ist jedoch fraglich, ob der Einsatz von Qualitätsstandards als nichttarifliche Importbeschränkung – wie vom Handelsministerium vorgeschlagen – ausreichen wird, um die indonesischen Märkte zum Beispiel gegen Importe aus China zu schützen, wenn sich auf dem Weltmarkt ein Angebotsüberschuss aufbaut.

Die Krise als Chance zur Wende in der indonesischen Wirtschaftsstruktur?

Es mehren sich daher die Stimmen innerhalb und außerhalb der Regierung, die die Krise auch als Chance begreifen. Wenn der Rückgang der Rohstoff- und vor allem der Konsumgüterexporte in die USA und nach Europa in den nächsten Monaten unvermeidlich ist, müssen neue Marktsegmente und neue Absatzmärkte wie zum Beispiel der Mittlere Osten und Ostasien erschlossen werden. Statt wie bisher vor allem Rohstoffe

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Oktober 2008

Unsere Webseite:

www.kas.de/indonesien

zur Weiterverarbeitung zu exportieren, soll versucht werden, diese Wertschöpfung durch Investitionen ins Inland zu verlagern und so Arbeitsplätze zu schaffen. Als potentielle Investoren und Kreditgeber werden Länder wie Saudi-Arabien, Kuwait oder die Vereinigten Arabischen Emirate ins Spiel gebracht, die trotz der Finanzkrise weiter über riesige Devisenreserven verfügen.

Aus Sicht der Indonesier ist ihr Land mit der größten muslimischen Bevölkerung weltweit auch aus kulturellen Gründen ein interessanter Wirtschaftspartner für die arabische Halbinsel. „Die langfristige Ausrichtung islamischer Anleihen könnte diese zum am besten geeigneten Investitionsinstrument für Indonesien machen, da sie dem Bedürfnis des Landes nach gewaltigen Mitteln für die Infrastrukturentwicklung entgegenkommen“ schrieb dazu die Jakarta Post vom 09.10.2008. Finanzierungsinstrumente, die den islamischen Rechtsvorschriften entsprechen, wie *Sharia Banking* und *Sukuk* (islamische Anleihen), und dadurch arabischen Anlegern entgegenkommen, wurden bereits in das indonesische Banken- und Kreditrecht integriert.

Ohne eine Verbesserung des Investitionsklimas, vor allem in Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und Logistik – langwierige Zollformalitäten sowie eine unzureichende Hafen- und Straßeninfrastruktur –, ist Indonesien jedoch auch für muslimische Investoren kein sonderlich interessanter Standort, da auch für sie ein effizientes Management der Zulieferketten Voraussetzung ist, um von lokalen Standortvorteilen und der Massenproduktion zu profitieren. Auch in diesem Bereich müsste die Regierung daher dringend aktiv werden.

Weiteres Krisenmanagement im Schatten des beginnenden Wahlkampfes

Im kommenden Jahr stehen in Indonesien jedoch Parlaments- und Präsidentenwahlen an, für die sich die einzelnen Parteien und Politiker bereits in Stellung bringen. Experten warnen, dass sich die Krise verschlimmern könnte, wenn sich Regierung, Abgeordnete und Parteien auf einen reinen Populäritätswettkampf einlassen, anstatt ge-

meinsam die notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu beschließen. „Wir befürchten, dass die politischen Parteien und Politiker die Situation ausnutzen werden, um die Regierung zu attackieren ohne dabei Lösungen anzubieten und so die Krise verschlimmern“ schätzt Hariyadi Wirawan, Politologe an der University of Indonesia, die Lage ein.

Welche Probleme der Wahlkampf in dieser Hinsicht noch bringen wird, kann man schon jetzt exemplarisch an den Äußerungen von Vizepräsident Jusuf Kalla erahnen, der nicht nur mit der Forderung, alle Aktien von Staatsunternehmen zurückzukaufen, die sich in ausländischer Hand befinden, die nationalistische Karte zieht. Die Tatsache, dass nur ein Prozent der Aktien, die während der Finanzkrise an Wert verloren haben, im Besitz von Indonesiern waren, veranlasste ihn zu der Aussage: „Also was interessiert es uns, wenn der Aktienmarkt zusammenbricht“. Zum anderen bedient Kalla Forderungen islamistischer Gruppen wie der Hizbut Tahrir, die in Jakarta für die Einführung der Sharia als Mittel zur Bewältigung der Finanzkrise demonstrieren, indem er die Einführung eines Sharia-konformen Wirtschaftssystems fordert: „Einer der Gründe für die gegenwärtige Krise ist das kapitalistische System, daher sollten wir ein Wirtschaftssystem nach der Sharia entwickeln.“ Wie ein solches System aussehen soll, ließ Kalla jedoch offen.

Quellen: Tempo, The Jakarta Post, Koran Tempo, Kompas